

# Bangladesh im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger und Moritz Marbach

„Bangladesh im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | [www.bangladesh.org](http://www.bangladesh.org)

## Schwieriger Start der Übergangsregierung

Am 28. Oktober endete die Amtszeit der von Premierministerin Khaleda Zia angeführten Regierung. Wäre es nach der Verfassung gegangen, hätte an diesem Tag eine Übergangsregierung unter der Leitung des letzten in den Ruhestand getreten Obersten Richters des Supreme Courts die Amtsgeschäfte für 90 Tage, bis zur Vereidigung einer neuen Regierung nach der Parlamentswahl im Januar, übernehmen sollen. Aufgrund einer Verfassungsänderung durch die alte Regierung wäre dieses Amt K. M. Hasan zugefallen, einem ehemaligen Mitglied der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP). Die Opposition kündigte bereits in den Wochen vor dem Ende der Amtszeit der alten Regierung an, Hasan nicht als Vorsitzenden der Übergangsregierung zu akzeptieren. Erfolglos blieb ein Gespräch zwischen den Generalsekretären der BNP und *Bangladesh Awami League* (BAL), das das Ziel hatte, einen Kompromisskandidaten zu finden. Oppositionsführerin Sheikh Hasina kündigte daraufhin an, dass das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben in Bangladesh zum Stillstand kommen würde, wenn Hasan das Amt antrete.

Infolge des Drucks der Opposition und der Medien gab Hasan am Vorabend der Amtsübergabe bekannt, dass er nicht für das Amt bereitstehen wird. Laut Verfassung musste sich nun Präsident Iajuddin Ahmed um einen neuen Kandidaten bemühen. In der Verfassung Bangladeschs ist der Modus für die Suche eines Ersatzes klar festgeschrieben. Doch bereits am Abend des 29.10. ließ sich Ahmed selbst zum Vorsitzenden der Übergangsregierung vereidigen. Kritiker werfen ihm vor, sich über die Verfassung hinweggesetzt und auf Anweisung der BNP gehandelt zu haben. Doch der Präsident sah sich aufgrund landesweiter Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der alten Regierung und der Opposition zu schnellem Handeln gezwungen. Erst einige Tage nach der Amtsübernahme Ahmeds ebten die Unruhen ab. Landesweit haben über 25 Menschen bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen ihr Leben verloren.

Auch die von der BAL angeführte 14-Parteien-Allianz wirft dem Präsidenten Verfassungsbruch vor. Ende Oktober stellte das Parteienbündnis ihm und seinem

zehnköpfigen Beraterstab ein Ultimatum, bis zu dessen Ablauf die Berater ihre „Neutralität“ beweisen sollten. Hierzu stellte die Opposition einen Katalog mit elf Forderungen auf. Eine Hauptforderung war die Absetzung bzw. der Rücktritt des Vorsitzenden der Wahlkommission M. A. Aziz. Zunächst konnte das Ultimatum, vor allem durch die aktive Fürsprache von Vertretern der internationalen Gemeinschaft, um einige Tage verlängert werden. Doch nach dem Ablauf der Frist überzog die 14-Parteien-Allianz vom 12. bis 15. November das gesamte Land mit einer Blockade von Fernstraßen, Zuggleisen und Häfen. In den Großstädten wurden wichtige Zufahrtsstraßen und Kreuzungen besetzt. Bei sporadisch erneut aufflammenden gewaltsamen Auseinandersetzungen starb ein Anhänger der Opposition.

Gegenwärtig scheint eine Lösung, die von beiden politischen Lagern getragen wird, in weiter Ferne. Hauptkonflikte bleiben weiterhin: 1. Die personelle Besetzung der Wahlkommission, 2. die Mitarbeiter im Büro des Präsidenten, das nun auch als Büro für die Übergangsregierung dient (die Mitarbeiter wurden allesamt von der letzten Regierung eingesetzt), 3. die Korrektur der fehlerhaften Wählerlisten und 4. die personelle Umbesetzung staatsnaher Fernsehsender, um so deren Neutralität im Wahlkampf sicherzustellen. Der durch Krankheiten geschwächte 75-jährige Iajuddin Ahmed steht vor der schwierigsten Aufgabe seiner politischen Laufbahn.

## Sultana Kamal ist Beraterin der Übergangsregierung

Präsident Iajuddin Ahmed hat die Leiterin der Menschenrechtsorganisation *Ain-o-Shalish-Kendro* (ASK), Sultana Kamal, zur Beraterin der Übergangsregierung bestimmt. Dem Beraterkreis untersteht bis zur Formierung einer neuen Regierung die Verantwortung über die rund 40 Ministerien des Landes. Außerdem überwacht er die Arbeit der Wahlkommission, welche faire und demokratische Wahlen garantieren soll und für die Erstellung der Wählerlisten zuständig ist. Sultana Kamal leitet seit 2001 die NETZ-Partnerorganisation ASK und ist eine weltweit anerkannte Menschenrechtsverteidigerin. Sie steht in der Übergangsregierung dem Ministerium für Industrie, Wissenschaft, Information und

Kommunikationstechnologie sowie dem Ministerium für Textilien und Jute vor. Ihre Ernennung wird von Seiten der NGOs als wichtiges Zeichen dafür gewertet, dass die Übergangsregierung die Forderungen der Zivilgesellschaft nicht ignorieren kann. Sultana Kamal ist im Beraterkreis die einzige Vertreterin der NGO-Szene Bangladeschs.

### Wahlbeobachter der EU

Anfang November verkündet Stefan Frowein, Leiter der Delegation der Europäischen Union (EU) in Dhaka, dass die Staatengemeinschaft 150 Wahlbeobachter nach Bangladesch entsenden wird. Im September war ein sechsköpfiges Team aus Brüssel in Bangladesch, um sich über den Stand der Wahlvorbereitung zu informieren und gegebenenfalls eine Empfehlung zur Entsendung von Wahlbeobachtern auszusprechen. Die Ankündigung Froweins wurden von Vertretern der alten Regierung und der 14-Parteien-Allianz begrüßt. 60 Wahlbeobachter werden bereits Ende 2006 nach Bangladesch reisen; der Rest kommt knapp eine Woche vor der Wahl ins Land. Auch andere internationale Institutionen und Organisationen haben bereits angekündigt, sich an der Wahlbeobachtung zu beteiligen, darunter das *Commonwealth of Nations*, das US-amerikanische National Democratic Institute for International Affairs und das südostasiatische Wahlbeobachter-Netzwerk ANFREL. Die Parlamentswahl im Januar wird von so vielen internationalen Beobachtern begleitet werden wie keine andere Wahl seit 1991.

### Klimaflüchtlinge

Mitte September berichtete Roger Harrabin, BBC-Korrespondent aus Bangladesch, über neue Studien, die zeigen, dass in den kommenden Jahren bis zu 30 Millionen Menschen in Bangladesch zu „Klimaflüchtlingen“ werden könnten. So zeigten Klimamodelle, dass durch die globale Erderwärmung Fluten und Dürren in Bangladesch häufiger vorkommen werden. Außerdem würden viele Bangladeschis durch den steigenden Meeresspiegel aus ihrer Heimat vertrieben werden. Besonders betroffen sind die Bewohner der Inseln im Fluss Jamuna. Bei Fluten sind sie oft die ersten Opfer. Bangladeschs Flüsse transportieren jeden Tag mehr Wasser als alle Flüsse Europas zusammen. Die Folgen solcher Naturkatastrophen wären, dass immer mehr Menschen in andere Regionen flüchten oder in die Hauptstadt abwandern. Auf die Migrationsströme sind weder das Land noch die Hauptstadt Dhaka vorbereitet.

Schon heute gehört Dhaka zu den am schnellsten wachsenden Städte der Welt.

### Neue Mindestlöhne für Textilarbeiter

Seit über einem halben Jahr kämpfen die Textilarbeiter Bangladeschs für einen höheren monatlichen Mindestlohn, Zusatzleistungen und bessere Arbeitsbedingungen. Nun haben sich Unternehmer und Gewerkschaften Anfang Oktober geeinigt. Die Arbeiter sollen in Zukunft mindestens 19 Euro im Monat verdienen. Seit 1994 lag die unterste Lohngrenze bei 11 Euro. Die Gewerkschaften hatten eine Erhöhung auf 35 Euro gefordert. Besonders im Mai und Juni war es immer wieder zu Demonstrationen und Protesten gekommen, zur Zerstörung von Textilfabriken sowie blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei. In Folge dieser Unruhen im wichtigsten Exportsektor des Landes setzte die Regierung eine Kommission ein. Alle sechs Mitglieder der Kommission – darunter lediglich eine Vertreterin der Textilarbeiterinnen – haben nun die Einigung unterzeichnet.

Annisul Huq, Vertreter des Textilhersteller-Verbandes, sagt, dass es für die meisten Fabriken sehr schwierig sei, den neuen Mindestlohn auszuführen. Zafrual Hasan, Vertreter der Arbeiternehmerseite, beklagt hingegen, dass die neuen Vorgaben die Interessen der Arbeiter nicht wahren. Die Gewerkschaften mussten den Kompromiss aber aufgrund ihrer schwächeren Position gegenüber den Fabrikbesitzern annehmen. *Garments Sramik Sangram Parishad*, eine Vereinigung von elf Textilarbeiter-Organisationen, hat die Empfehlungen der Kommission direkt nach deren Veröffentlichung abgelehnt, da sie „unrealistisch“ und ein „Betrug der Arbeiter“ seien. Eine der Gewerkschaften sagt, der neue Mindestlohn sei eine Farce, da Arbeiter in Staatsunternehmen mindestens 28 Euro verdienen. Mitte Oktober kam es erneut zu Protesten und zur Zerstörung von drei Fabriken in Dhaka und Umgebung. Zehn weitere Fabriken wurden beschädigt.

In Bangladesch arbeiten rund 1,8 Millionen Menschen, überwiegend Frauen, in der Textilindustrie. Die meisten Produkte werden nach Europa und Nordamerika exportiert. Im letzten Geschäftsjahr machten die Textil-Unternehmer einen Gewinn von 5,5 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 24 Prozent bedeutet.